

Mitgliederversammlung des Deutschen Forstwirtschaftsrats

Ein Novum in der 70-jährigen Geschichte des Deutschen Forstwirtschaftsrats e.V. (DFWR): Er hat Ende September seine Mitgliederversammlung erstmals digital durchgeführt. Ursprünglich war die DFWR-Jahrestagung zum 70. Jubiläum im Juni in Münster geplant, musste aber wegen der Corona-Pandemie ins nächste Jahr verschoben werden. Am 30. September wurde damit das Haus der Landwirtschaft und Ernährung in Berlin zur Bühne und zum Übertragungsort der Videokonferenz für die Mitglieder des Verbandes. DFWR-Präsident Georg Schirmbeck begrüßte Bundesministerin Julia Klöckner, die es sich nicht nehmen ließ, für ihren Impuls persönlich dabei zu sein. Der Landesbetrieb ForstBW AöR wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung als neues Mitglied in den Deutschen Forstwirtschaftsrat aufgenommen.

TEXT: SEBASTIAN SCHREIBER

Seit der letzten Mitgliederversammlung im März 2019 hat sich einiges getan. Die Trockenheit und die Schäden aus den letzten Jahren haben im Herbst 2019 den bundesweiten Waldgipfel zur Folge gehabt. Der Wald als Leidtragender des Klimawandels und zugleich als Lösung für den Klimaschutz ist in einen noch nie dagewesenen Fokus gerückt. Mittel aus dem Förderprogramm Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) zur Wiederbewaldung und Schadensbeseitigung in der Höhe von 800 Mio. € wurden durch Bund und Länder bereitgestellt, gefolgt von Finanzhilfen aus dem Corona-Soforthilfeprogramm und dem Konjunkturpaket der Bundesregierung im Jahr 2020.

Viele Waldbesitzende und Forstbetriebe stehen mit dem Rücken zur Wand und leiden nicht nur unter den Schäden, sondern auch an einem zusammengebrochenen Holzmarkt. Dabei sind die Akteure im Wald und ihr Engagement mit Hinblick auf eine Schadensbeseitigung, Walderhalt, Wiederbewaldung und Anpassung der Wälder an den Klimawandel wichtiger denn je. Mit der Forderung einer Honorierung von Ökosystemleistungen wurde eine wesentliche Diskussion in Gang gesetzt, was neue Finanzierungsmodelle betrifft.

In diesem Kontext wurde im Rahmen der DFWR-Mitgliederversammlung die Berliner Erklärung 2020 be-

schlossen. Sie enthält die Forderung an die Bundesregierung, eine flächenbezogene Klimaschutzprämie für alle Waldbesitzarten auf den Weg zu bringen. Von den multifunktionalen Leistungen profitiert schließlich auch die Gesellschaft.

Die Öffentlichkeitsarbeit mit Formaten wie die Internationale Grüne Woche 2020 oder die Deutschen Waldtage vom 18. bis 20. September 2020 hat eine neue Bedeutung erlangt. Allein bei den Waldtagen ist es mit bundesweit 700 Veranstaltungen gelungen,



mit den Menschen über den Wald im Klimawandel und die Rolle der Forstwirtschaft ins Gespräch zu kommen. Auch in der EU hat sich mit Themen wie dem Green Deal und dem Klimaschutzgesetz die Bedeutung der Waldbewirtschaftung und die Diskussion, wie diese bestmöglich zum Klimaschutz beitragen kann, verschärft. Die Europäische Kommission hat sich deutlich höhere CO₂-Einsparziele verordnet. Umso erfreulicher sind die Aussagen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das

mit den Menschen über den Wald im Klimawandel und die Rolle der Forstwirtschaft ins Gespräch zu kommen. Auch in der EU hat sich mit Themen wie dem Green Deal und dem Klimaschutzgesetz die Bedeutung der Waldbewirtschaftung und die Diskussion, wie diese bestmöglich zum Klimaschutz beitragen kann, verschärft. Die Europäische Kommission hat sich deutlich höhere CO₂-Einsparziele verordnet. Umso erfreulicher sind die Aussagen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das



Bundesministerin Julia Klöckner beglückwünscht den DFWR als wichtigen Partner der Politik und Sprachrohr der Forstwirtschaft.

Foto: DFWR



Bauen mit Holz und damit den ökologischen Baustoff in der Zukunft weiter voranzubringen.

Mitgliederversammlung

DFWR-Präsident Schirmbeck freute sich in seiner Begrüßung über die rege Teilnahme und wies darauf hin, dass die Feierlichkeiten zum 70-jährigen Verbandsjubiläum im kommenden Jahr in Münster nachgeholt werden. Besonders freuten sich der Präsident und die Mitglieder über die Teilnahme und den Impuls von Bundesministerin Julia Klöckner. Sie beglückwünschte den DFWR zu seinem Verbandsjubiläum und unterstrich seine große Bedeutung als verlässlicher Partner der Politik und Sprachrohr der Forstwirtschaft in Berlin.

Im Zusammenhang mit den Bestrebungen verschiedener Akteure, die den Wald aufgrund der Folgen durch den Klimawandel stillzulegen versuchen, erteilte sie eine klare Absage. Es verwunderte sie schon, wenn es einerseits den Akteuren beim Klimaschutz nicht schnell genug gehen könne und sie andererseits im Angesicht der Klimaschäden am Wald meinen, es werde sich alles von selbst erledigen. Gerade jetzt komme es darauf an, den Wald an den Klimawandel anzupassen und die Schadflächen wieder zu bewalden. Dafür brauche es Experten; dafür brauche es die Forstwirtschaft in Deutschland.

Berliner Erklärung

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurde die „Berliner Erklärung 2020 - Klimaschutzleistungen der Wälder mit einer Prämie zu honorieren“ verabschiedet. Schirmbeck betonte, dass es weiterer Anreize für die Waldbesitzenden bedürfe, um die Klimaschutzfunktion der Wälder zu erhalten oder auszubauen. Deshalb fordern die Mitglieder des DFWR die Bundesregierung auf, eine flächenabhängige Klimaleistungsprämie für Waldbesitzende auf den Weg zu bringen, die nachweislich ihre Wälder an das künftige Klima anpassen. Nur so könnten insbesondere die Wirtschaftswälder als Kohlenstoffspeicher fungieren und darüber hinaus ihre vielfältigen Funktionen für die Allgemeinheit erfüllen.

Bundesministerin Julia Klöckner signalisierte, dass sie sich dafür einset-

zen werde, den Klimaschutz bei der Entwicklung von Instrumenten zur Honorierung von Ökosystemleistungen einzubeziehen. Klöckner: „Der Wald und die nachhaltige Waldwirtschaft in Deutschland sind unsere besten Mitkämpfer beim Klimaschutz. Sie entlastet die Atmosphäre jährlich um rund 127 Mio t CO₂. Und deshalb sage ich klar: Wenn wir CO₂-Emissionen einen Preis geben, dann müssen wir umgekehrt auch diejenigen honorieren, die unseren Wald als maßgeblichen Klimaschutz erhalten. Gleichzeitig darf eine Prämie nicht dazu führen, dass Wälder nicht mehr bewirtschaftet werden. Das würde u. a. zur weiteren Ausbreitung des Borkenkäfers beitragen. Eine von uns eingesetzte Bund-Länder-Arbeitsgruppe arbeitet hier an einem Modell.“ Ergänzend zu den Förderprogrammen von Bund und Ländern benötigen Waldbesitzende weitere finanziellen Anreize, ihre Wälder aktiv an den Klimawandel anzupassen. Um schneller die notwendige klimaneutrale Wirtschaftsweise in Deutschland zu erreichen, startet ab 2021 ein nationales Emissionshandelssystem mit Festpreisen je Tonne CO₂. Die dadurch entstehenden Mehreinnahmen im Energie- und Klimafonds schaffen für den Bund die Möglichkeit, die Anstrengungen der deutschen Waldeigentümer für den Klimaschutz zu honorieren, denn die bewirtschafteten Wälder haben eine elementare Bedeutung als Kohlenstoffspeicher im Klimawandel (download der Berliner Erklärung: www.dfwr.de).

Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket

Seit den Extremwetterereignissen 2017 und der nachfolgende Befall mit Schadorganismen sind die Forstbetriebe vor große wirtschaftliche Herausforderungen gestellt. Die globale Corona-Pandemie verschärft die Situation zusätzlich. Die Bundesregierung setzt mit dem Konjunkturpaket wichtige Impulse zur Belebung der Wirtschaft nach dem Lockdown. Aus diesem Programm sind 700 Mio. € für Wald und Holz vorgesehen, die bis Ende 2021 ausgezahlt werden sollen. Sie ergänzen das Soforthilfeprogramm in Höhe von 800 Mio. € aus der GAK-Förderung, das den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder unterstützen soll.

Der DFWR begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, 1,5 Mrd. € für die Zukunft des Waldes bereitzustellen. Es ist ein deutliches Bekenntnis der Parlamentarier zur Forstwirtschaft in Deutschland und ein starkes Signal, in den Erhalt der Wälder und ihre aktive nachhaltige Bewirtschaftung langfristig zu investieren. Nur durch die Kombination aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Verwendung des nachwachsenden Ökrohstoffes Holz kann das Klimaschutzpotenzial von bis zu 14 % der CO₂-Emissionen Deutschlands ausgeschöpft werden. Sie stärken die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und eine gesunde, widerstandsfähige Gesellschaft.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeitet an einer Förderrichtlinie, um die Gelder aus dem Konjunkturpaket auf den Weg zu bringen. Bestehende Förderprogramme wie die Nationale Richtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen zur Bewältigung von Schäden in der Land- und Forstwirtschaft nach Naturkatastrophen oder widrigen Witterungsverhältnissen vom 26. August 2015 kann aus behilferechtlichen Vorgaben nicht genutzt werden, u. a. wegen des Kumulierungsverbots der GAK.

Der DFWR fordert, die Mittel unbürokratisch und schnell auf die Fläche zu bringen. Dabei müssten Kleinprivatwald und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse ebenso berücksichtigt werden wie die Kommunen. Die Maßnahmen „Wald und Holz“ des Konjunkturpakets teilen sich wie folgt auf:

- 500 Mio. € für Maßnahmen zum Erhalt und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder,
- 100 Mio. € zur Förderung von klimafreundlichem Bauen mit Holz,
- 100 Mio. € für ein Investitionsprogramm Wald und Holz (hiervon 50 Mio. € jeweils für die Forst- und Holzwirtschaft).

Der DFWR begrüßt es sehr, dass seine Empfehlungen im umfassenden und zukunftsweisenden Hilfspaket berücksichtigt wurden und damit nun auch Investitionsanreize bei der Gebäudesanierung und vor allem in die stärkere Nutzung von Holz als klimafreundlicher Baustoff gegeben werden. Es sei der richtige Ansatz, insbesondere den Sektor Wald und Holz in die Klima-



Foto: DFWR

DFWR goes digital: Ende September hat der Verband seine Mitgliederversammlung erstmals digital durchgeführt.

schutzstrategie mit einzubeziehen, um im Klimaschutz weiter voranzukommen und die regionale Wertschöpfung in Deutschland weiter zu stärken.

Green Deal bekennt sich zum Ökorohstoff Holz

Der DFWR setzt sich sehr für eine verstärkte Verwendung des Rohstoffs Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung ein, damit vor allem die Klimaschutzziele erreicht werden können. In diesem Zusammenhang ist die Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen zur Lage der Union im September 2020 bemerkenswert (lesen Sie dazu den Beitrag „Wald und Forstwirtschaft in Europa“ ab Seite 18 in dieser Ausgabe). Der Green Deal fokussiert bisher sehr stark auf die Erhaltung der Biodiversität, was in der Unterordnung einer EU-Forststrategie zum Ausdruck kommt. Durch die jetzt deutliche Anhebung der Zielvorgaben zur Einsparung der Emissionen auf 55 % bis 2030 sind weitere Einsparpotenziale zu berücksichtigen.

Deutlich benennt von der Leyen den ökologischen Baustoff Holz, der eine wichtige Rolle im Bausektor zur CO₂-Einsparung übernehmen kann. Das ist ein wichtiges Signal auch an die Forstwirtschaft in Deutschland. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele, in dem sie durch nachhaltige Waldwirtschaft den ökologischen Rohstoff Holz dafür bereitstellt.

Die Forstwirtschaft ist in der Verantwortung und trägt dafür Sorge, dass die Wälder durch aktive und nachhaltige Waldwirtschaft, insbesondere im Klimawandel, erhalten bleiben, damit sie ihre vielfältigen Funktionen für die Gesellschaft erfüllen können. Der Aspekt der Biodiversität ist dabei nur einer von vielen Aspekten, die die Waldwirtschaft bei der Anpassung der Wälder an klimaflexible Mischwälder im Blick haben muss. Deshalb ist es umso wichtiger, offen zu bleiben, um möglichst viele Potenziale, die nur eine nachhaltige Waldwirtschaft bereithält, z. B. in Bezug auf Klimaschutz, Artenschutz und Bioökonomie verantwortungsvoll im Einklang mit der Natur zu nutzen. In diesem Zusammenhang ergeben sich neue Möglichkeiten zur Finanzierung von Forstbetrieben, z. B. in der Honorierung von Ökosystemleistungen.

Novellierung Bundesjagdgesetz

Im Zuge der anstehenden Novellierung des Bundesjagdgesetzes müssen die rechtlichen Voraussetzungen deutlich darauf ausgerichtet werden, Wald und Schalenwild in Einklang zu bringen. Der vorgelegte Referentenentwurf des BMEL blieb deutlich hinter den Erwartungen des DFWR zurück. Ein im Vorfeld der Verbändeanhörung Ende September angestrebter Kompromiss von DFWR und Deutschem Jagdverband (DJV) ist vorerst gescheitert. Handlungsdruck besteht nach wie vor, um die Entwick-

lung zukunftsfähiger, klimaflexibler Mischwälder zu gewährleisten und nicht regional infrage zu stellen. Dazu gehören für den DFWR die Einführung eines verbindlichen und flächendeckenden Vegetationsgutachtens und die Begründung gemischter Waldverjüngung sowohl im Wege der Naturverjüngung als auch durch Saat oder Pflanzung im Wesentlichen ohne Schutzmaßnahmen. Es bleibt nicht nur zu hoffen, dass die gegenwärtig noch laufenden Abstimmungen auf Regierungsebene die dringenden Bedürfnisse des Waldumbaus und die damit zusammenhängenden Forderungen des DFWR weiterhin berücksichtigen, sondern auch, dass die Bundestagsabgeordneten dieser Linie folgen. Diesen obliegt es schließlich, im Rahmen der parlamentarischen Beratungen die Weichen für eine zeitgemäße Jagd zu stellen, die Wald und Wild in Einklang bringen. Zum Thema s.a. das Positionspapier des DFWR auf S. 22.



Sebastian Schreiber
schreiber@dfwr.de,

ist Fachreferent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Deutschen Forstwirtschaftsrat e. V.